

„Dann gibt's wieder Pfännchen!“

Ich war 11 oder 12 Jahre alt, als ich das folgende erlebte:

Eine energische Dame betrat ein Haushaltsgeschäft in Freiburg und fragte nach verschiedenen Dingen. Es war mitten im Krieg, und daher war das allerwenigste da – eigentlich so gut wie gar nichts. Die Verkäuferin bedauerte. In den Regalen stand kaum noch Ware. Resigniert fragte die Dame mit der Einkaufstasche schließlich nach kleinen Bratpfannen: die habe es doch in diesem Geschäft immer gegeben! „Bedaure, auch die haben wir nicht mehr.“ Da reckte sich die Dame, zeigte mit erhobenem Finger auf das Schild „Juden unerwünscht“ an der Wand und sagte ziemlich laut vor allen Leuten: „Wenn das da einmal weg ist, dann gibt's wieder Pfännchen.“ Sprach's, und ehe die verblüffte Verkäuferin etwas erwidern konnte, war sie auch schon aus dem Laden.

Glücklicherweise hat die mutige Dame, eine Mutter vieler Kinder, den Krieg und das Dritte Reich überlebt. Denn kein Zweifel: Hätte jemand sie angezeigt, die Gestapo hätte sie umgehend verhaftet und ins KZ gebracht. Das Denunziantentum blühte in jenen Zeiten. Es genügte schon, dass man BBC oder Radio Beromünster, „Feindsender“ also, hörte – von Briefen mit verdächtigen Bemerkungen und Reden mit kritischem Unterton ganz zu schweigen. Wer heute in der Schule oder aus Büchern gemächlich nacherzählt bekommt, wie es im Dritten Reich zuging, der macht sich kaum mehr ein Bild von der Angst, die damals herrschte, der Einschüchterung und Lähmung, die über allem, auch dem Alltäglichen, lag. Schon in der Schule, als Kind, musste man aufpassen, wenn die Lehrerin fragte, warum die Wohnung an Führers Geburtstag nicht beflaggt worden war. „Ihr wohnt doch an einem Eckhaus. Gibt es bei euch vielleicht andere Fahnen?“ Da musste man eine Antwort parat haben, die der Familie nicht schadete – oder einfach diplomatisch schweigen. Meine Mutter hatte mich gewarnt. „Gib acht bei der, das ist ein Frauenschäfts-Weib“.

Die Geschichte mit den Pfännchen ist mir aber noch aus einem anderen Grund in Erinnerung geblieben. Mir ging damals zum ersten Mal etwas auf, was ich viele Jahre später in den Vorträgen und Schriften der Nationalökonomien kaum klarer und schärfer gehört und erlebt habe: der Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit, zwischen den Menschenrechten und der ökonomischen Verfassung einer Gesellschaft. Das Gefühl, beides gehöre zusammen und hänge voneinander ab, eines sei nicht ohne das andere denkbar – dieses Gefühl wird keinen je verlassen, der in der trostlosen Kriegswirtschaft des Nazireiches („Kanonen statt Butter!“) aufwuchs und der später unter Ludwig Erhard die Gegenrechnung aufgehen sah: Wohlstand für alle auf der Grundlage wirtschaftlicher Handlungsfreiheit des einzelnen.

Ich weiß: es gibt keine zwingende verfassungsrechtliche Klammer zwischen der politischen Ordnung des Grundgesetzes auf der einen und der marktwirtschaftlichen Ordnung auf der anderen Seite. Das hat das Bundesverfassungsgericht schon vor vielen Jahren – in Korrektur der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts - eindeutig festgestellt, und damit mag es einstweilen sein Bewenden haben. Dass es aber einen natürlichen Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Freiheit gibt, das wird mir keiner ausreden. Denn nur dort, wo Arbeit ihren Lohn hat und Initiative nicht bestraft wird, gedeiht auf die Dauer auch politische Freiheit.

Das sei denen ins Stammbuch geschrieben, die dauernd vom „Konsumterror“ reden, die den „Materialismus“ der breiten Massen geißeln und der Gesellschaft am liebsten eine Dauer-Entziehungskur verordnen möchten – so als läge die Bedrohung des größten Teils der Menschheit nicht in der Armut und dem Hunger, sondern in Überfluss und Übersättigung. Selbst unter Theologen stößt man manchmal auf eine Denkweise, die den „sacro egoismo“ des Menschen als Antrieb der Wirtschaft leugnet, verdrängt oder verteufelt und die im „Markt“ etwas Chaotisches, ja Dämonisches sieht. Der Markt ein „Götze“ – das kann wohl nur jemand schreiben, der nie erlebt hat, wie Diktatoren die Bedürfnisse der Massen, auch die wirtschaftlichen, fehlleiten und manipulieren. Willkürlich-autoritäre Lenkung von oben – ist das denn besser als Wettbewerb?

Natürlich ist auch die Marktwirtschaft nichts Absolutes. Es gibt viele Dinge im Leben, die weit über Angebot und Nachfrage hinausgehen. Solidarität, Verzicht, Aufopferung sind in jeder Gesellschaft nötig. Das Tun der heiligen Elisabeth war mehr als „Dienst am Kunden“. Grenzen hat die Marktwirtschaft gewiss, und verbesserungsfähig ist sie allemal. Aber sie bedarf der Freiheit, und zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt es am Ende keine geistvollen Nuancierungen, sondern nur einen schmalen Trennungsstrich.

Ist die Freiheit beseitigt, nützt auch die gerechteste Verteilung des Mangels nichts – weil es am Ende nicht mehr zu verteilen gibt. Dann sind die Läden leer, dann läuft die Nachfrage der Kunden nach Gütern ins Leere. Das lehrt uns jene mutige Dame im Krieg mit ihrem vergeblichen Verlangen nach Pfännchen – im zwangsbewirtschafteten Laden, vor leeren Regalen und einem Judenschild.